



DER ROTE HAHN

Besser informiert –
Mit dem Newsletter
von Pia Zimmermann



Nicht das Wichtigste vergessen!

Pflege und Gesundheit müssen von uns
LINKEN besonders geschützt werden
– denn andere tun es nicht.
Von Pia Zimmermann

Nicht zuletzt in einer Pandemie sollten die Themen Pflege und Gesundheit an erster Stelle stehen. Umso erschreckender, dass dies trotz anderslautender Beteuerungen für die Bundesregierung und die Landesregierung in Niedersachsen nur eine nachgeordnete Rolle spielt. Es mag ermüdend wirken, wenn ich immer noch auf fehlende und mangelhafte Corona-Schutzkonzepte für Alten- und Pflegeheime hinweise, von pflegenden Angehörigen ganz zu schweigen. Das Thema scheint durch zu sein; es hat keinen Nachrichtenwert mehr, ist eine alte Leier. Aber genau das macht es doch um so schlimmer:

Wir sind seit knapp einem Jahr in dieser Pandemie – und die Schutzkonzepte für die besonders vulnerablen Gruppen gibt es immer noch nicht.

Ganz genau so, wie die Konzepte für infektionssicheren Unterricht fehlen, für Geringverdiener*innen und Leistungsbezieher*innen, die die Corona-bedingten Mehrkosten kaum stemmen können, oder für Selbständige und Freischaffende, denen

das Einkommen wegbricht. Dabei zeigt der holperige Impfstart, dass wir in jedem Fall diese Konzepte noch lange brauchen werden. Nur in Baden-Württemberg ist die Impfquote noch geringer als in Niedersachsen. Und wie will die Landesregierung darauf reagieren? Die zulässigen Arbeitszeiten der Pflegekräfte können sie kaum noch weiter ausdehnen. Von Sozialministerin Reimann gibt es aber nur Schweigen im Walde, sie wirbt um Geduld – in einer Situation, in der keine Zeit bleibt. Mit unsinnigen Vorschlägen von realen Problemen abzulenken, scheint allerdings zur Kernkompetenz dieses Kabinetts zu gehören, anders lässt sich der Vorstoß von Innenminister Pistorius nicht erklären, ein Verbot „der Antifa“ zu prüfen. Umso wichtiger, dass die LINKEN Stimmen im Land wieder lauter werden, damit nicht nur Pflege und Gesundheit aufgewertet werden, sondern auch echte Lösungen für bestehende Probleme angeboten werden können. Janine Wissler, unsere designierte Parteivorsitzende, skizziert daher LINKE Perspektiven auf das System von Pflege und Gesundheit (Seite 2). Die Verknüpfung mit den Aktivist*innen, die mit ihrem Protest auf die Straße gehen, ist ihr dabei ein großes Anliegen. Als Vorbild nennt sie darum auch unsere Mitarbeit in den Pflege-

bündnissen in Niedersachsen, also unsere Unterstützung des erfolgreichen Protestes gegen die Pflegekammer. Laut werden wollen wir auch im Wahlkampf. Die Themenschwerpunkte im Bereich Pflege und Gesundheit haben wir dafür auf unserer Mitgliederkonferenz im Dezember gemeinsam festgelegt. Ich fand es spannend und inspirierend, wie viele Mitglieder sich auf unserer internen Konferenz mit tollen Vorschlägen eingebracht haben (Seite 3). Da hat die Moderation richtig Spaß gemacht und zum Glück waren wir uns bei den Kernstücken einig. Die inhaltlichen Ergebnisse werden nun in den kommenden Monaten unseren Wahlkampffahrplan füllen. Aber nicht alle können laut werden. Denjenigen, die von der Krise am stärksten betroffen sind, fehlt schlicht die Kraft dafür. Die Situation pflegender Angehöriger schildert Arnold Schnittger (Seite 4), der dazu auch auf einer Onlinekonferenz am 30. Januar sprechen wird: Ich moderiere diese Veranstaltung, die Teil der Veranstaltungsreihe „Systemrelevant? Systemwechsel!“ von Linksfraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung ist, und freue mich, wenn ihr dort auch mal reinschaut.

Eure Pia



Kein Zurück zum Normalzustand

LINKE Perspektiven auf Gesundheit und Pflege
Gastbeitrag von Janine Wissler

Nicht der Streik gefährdet die Patienten, sondern der Normalzustand. – Das stand auf einem Transparent der Streikenden an der Berliner Charité, die 2015 für bessere Arbeitsbedingungen und Personalmindeststandards kämpften. Die Beschäftigten in der Pflege haben lange vor der Corona-Pandemie, im „Normalzustand“, vor den Auswirkungen von Personalmangel, Überlastung und schlechten Arbeitsbedingungen gewarnt. Aber die eindringlichen Appelle und Hilferufe der Pflegekräfte wurden von den Regierungen im Bund und in den Ländern ignoriert. Der Pflegeberuf ist unterbezahlt, viele kommen kaum über die Runden und sind von Altersarmut bedroht.

Arbeitsbelastung ist zu hoch

Die Rente ab 67 hat die Situation noch verschärft. Wer im Krankenhaus, in einer Pflegeeinrichtung oder in der ambulanten Pflege arbeitet, körperlich harte Arbeit leistet, mit Überstunden und im Schichtdienst, kann nicht bis 67 arbeiten und muss hohe Abschläge bei der Rente hinnehmen. Auch viele jüngere Pflegekräfte reduzieren ihre Arbeitszeit und verzichten auf Gehalt, um die körperlichen und psychischen Anforderungen bewältigen zu können. Und viele scheiden ganz aus dem Beruf aus, weil die Arbeitsbelastung zu hoch und die Bezahlung zu niedrig ist.

Noch schwieriger als in den Krankenhäusern, wo es Personal- und Betriebsräte sowie eine gewerkschaftliche Organisation gibt und vielerorts Tarifverträge gelten, ist die Situation in vielen Pflegeheimen und im gesamten ambulanten Bereich. Auch und gerade in der Corona-Pandemie. Hebammen, die therapeutischen Heilmittelberufe und der gesamte Bereich der häuslichen Pflege wurden lange Zeit nicht berücksichtigt.

Applaus reicht nicht

Zu Beginn der Corona-Pandemie wurden Pflegekräfte, Beschäftigte im Einzelhandel und Busfahrer*innen von den Balkonen beklatscht. Auf einmal galten Menschen als „systemrelevant“, die für ihre fordernde Arbeit mit viel zu niedrigen Löhnen abgespeist werden – darunter viele Frauen. Und die Bundesregierung beschließt einen Pflegebonus, der bei vielen Beschäftigten, die tagtäglich an vorderster Front gegen das Virus und um das Leben ihrer Patient*innen kämpfen, gar nicht ankommt. Mindeststandards sollen aufgeweicht werden und der bayerische Ministerpräsident unterstellt eine mangelnde Impfbereitschaft – ohne verlässliche Datengrundlage. In der Corona-Pandemie zeigt sich deutlich, wie problematisch es ist, ein Gesundheitssystem neoliberal auf Kante zu nähen. Die mangelnden Investitionen in Krankenhäu-

ser, die Privatisierungen, die Einführung der Fallpauschalen; die Ökonomisierung des Gesundheitssystems hat dazu geführt, dass Krankenhäuser wirtschaftlich arbeiten müssen – auf Kosten der Patient*innen und der Beschäftigten. Nötig ist eine große Fachkräfteoffensive im Gesundheitswesen, eine dauerhafte Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Abschaffung der Fallpauschalen und Krankenhäuser in öffentlicher Hand, weg vom privatwirtschaftlichen Gesundheitswesen, das auf Profit getrimmt wird. Diese und weitere nötige Veränderungen lassen sich solide mit der Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung finanzieren. Denn Gesundheit ist keine Ware.

Ermutigender Streikerfolg

Der Streik bei der Charité war erfolgreich, erstmals konnten Personalmindeststandards erstreikt werden. Ein wichtiges Signal und eine Ermutigung für alle Beschäftigten in der Pflege. DIE LINKE hat die Kämpfe der Pflegekräfte für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung vielerorts aktiv unterstützt. So wie DIE LINKE Niedersachsen, die im freien Pflegebündnis mitarbeitet. Denn ohne gesellschaftlichen Druck wird sich nichts ändern.

Lebendige und aktive Mitgliederkultur

Mitgliederkonferenz diskutiert Schwerpunktthemen aus dem Bereich Gesundheit und Pflege für den Kommunalwahlkampf. Reger Austausch und viel Übereinstimmung der Aktiven.

Wahlkampf kann ein tolles gemeinsames Projekt sein, bei dem die Mitglieder all unserer Kreisverbände an einem Strang ziehen und gemeinsam viel leisten. Neben der Werbung nach außen stärkt der Wahlkampf uns auch nach innen. Wahlkampf kann mit all seinen unterschiedlichen Aufgaben auch enorm aufreibend sein, das kennen wir alle. Hinzu kommt: Wie der kommende Wahlkampf aussehen wird, wissen wir einfach nicht. Die Corona-Situation bleibt vorerst unberechenbar. Umso wichtiger, dass wir besonders in den essentiellen Bereichen Gesundheit und Pflege, die durch Corona noch stärker in den Mittelpunkt gerückt sind, geschlossen, stark und mit guten, kämpferischen Forderungen auftreten.

Einigkeit in zentralen Fragen

Deshalb waren alle LINKEN in Niedersachsen eingeladen, im Dezember auf der Mitgliederkonferenz Pflege und Gesundheit ihre Perspektiven einzubringen und den Fahrplan unserer Partei mit Leben zu füllen. Das Ergebnis war ein toller Austausch, bei dem zu den zentralen Fragen viel Einigkeit bestand. Daraus ergeben sich wichtige Punkte, insbesondere für den Kommunalwahlkampf, die nun jeweils an die Gegeben-

heiten vor Ort angepasst werden müssen. Stellvertretend für die zahlreichen Beiträge der mehr als 30 Teilnehmer*innen, fassen die folgenden die wichtigsten Diskussionsstränge gut zusammen:

So mahnte Christian Gust an, die Schließung von Krankenhäusern und den Hang zur Zentralisierung anzusprechen: „Daraus ergeben sich eine Menge Probleme, bis hin zu der ganz konkreten Gefahr, dass der Weg zum nächsten Krankenhaus im Rettungswagen einfach zu lang wird. Das kann tödlich enden.“ Schließlich zähle zum Beispiel bei einem Schlaganfall jede Minute – auch über den weiteren Behandlungserfolg.

Neue Schwerpunkte nötig

Und Marianne König ergänzte, dass man einen besonderen Blick auf kommunale Versorgungszentren und Ärztehäuser legen müsse. Die könnten in vielen Regionen sehr sinnvolle Arbeit leisten, „aber medizinische Versorgungszentren dürfen nicht nur von Krankenhauskonzernen genutzt werden, um fette Renditen einzustreichen.“ Dem widersprach Franziska Juncker nicht, mahnte aber an, dass Krankenpflege und medizinische Versorgung bereits ein wichtiger Teil vergangener Kampagnen gewesen sei und nun neue Schwerpunkte gesetzt

werden sollen. „Altenpflege und ambulante Pflege haben genau wie pflegende Angehörige gerade am meisten zu knabbern.“ Die sollten mit ins Boot geholt werden und auf die sollte sich ein Kampagnenfokus konzentrieren. Hinzu kommt für Franziska: „Leute mit katastrophalen Tarifverträgen wehren sich oft nicht.“ Deshalb sollten wir hier aktiv werden und dabei auch für DIE LINKE werben.

Kai Warneke ergänzte, dass jede Menge Pflegedienste überfüllt seien, Menschen in vielen Regionen keinen finden würden und bei Beschwerden keine reale Chance hätten, zu wechseln. Außerdem gäbe es viel zu wenig Kurzzeitpflegeplätze: „Trotz blutiger Entlassung finden Menschen einfach keine kurzfristige Versorgung“; brachte er das Problem auf den Punkt. Hier sollten für ihn die Kommunen in der Pflicht stehen, diese Plätze vorzuhalten und auskömmlich zu finanzieren.

Erfolgreiche Erfahrung nutzen

Kathrin Otte hat den Punkt, Pflege in öffentliche Hand zu legen, aufgegriffen und weitergedacht. Als Vorbild für eine gelungene Kampagne diente ihr der Kampf gegen die Pflegekammer: „Dabei haben wir zusammen und entschlossen gehandelt und viel Erfolg eingefahren. Diese Erfahrung können wir nutzen und an anderer Stelle wiederholen. Zum Beispiel bei einer Kampagne ‘Korian enteignen!’“

Zu den Problemen, die privat geführte Heime machen, warf Birgit R. einen Aspekt ein, den man bekämpfen müsse. Denn bestimmte Heime können von Menschen, die Sozialhilfe oder Hilfe zur Pflege beziehen, schlicht nicht genutzt werden: „Für die bleiben dann nur die günstigsten Heime, die dann auch die schlechteste personelle Ausstattung haben.“ Doch auch sie möchte sich auf die pflegenden Angehörigen konzentrieren, die dringend Unterstützung brauchen: „Der sogenannte größte Pflegedienst der Nation wird von den Parteien meistens vergessen.“ Ein Fehler, der uns nicht passieren wird, denn genau diese Punkte werden nun in den Wahlkampffahrplan eingepflegt. Bei internen Workshops können wir uns dann gegenseitig fit machen, damit sich auch diejenigen, die bis jetzt noch wenig Zugang zu den Themen hatten, gut auskennen. Dort können wir außerdem gemeinsam überlegen, wie die Auswirkungen in eurem Wahlkreis sind und was dort gerade am wichtigsten ist. Ich bin mir sicher: zusammen werden wir einen ordentlichen Wahlkampf auf die Beine stellen!

Eure Pia



„Das liebende Pflichtgefühl wird schamlos ausgenutzt“

Die Bundesregierung hat pflegende Angehörige in der Corona-Krise nicht vergessen – schlimmer noch: Sie ignoriert sie.
Ein Gespräch mit Arnold Schnittger

Was brauchen pflegende Angehörige gegenwärtig wirklich?

Gerade in diesen Pandemie-Zeiten benötigen die pflegenden Angehörigen Unterstützungsangebote, die noch über die bisherigen Angebote hinausgehen. Wie in einem Brennglas hat die Pandemie aufgezeigt, dass pflegende Angehörige und die zu Pflegenden – deren Situation ja bei der Debatte oft vergessen wird – bereits vor Corona unterversorgt waren. Es herrscht eine regelrechte Ablehnungskultur, insbesondere für Reha-Maßnahmen zur Erholung sowie für Hilfsmittel. Oftmals muss die Erfüllung von existentiellen Bedürfnissen in kräftezehrenden Widerspruchsverfahren erkämpft werden.

Wird dieser Bedarf und diese Bedürfnisse von der Regierungspolitik wahrgenommen und angemessen beantwortet?

Die Bereitschaft zur Pflege von Angehörigen wird – so hat man den Eindruck – als Selbstverständlichkeit angesehen. Der größte – und billigste! – Pflegedienst der Nation wird bei Entscheidungen und Plänen völlig übergangen. Zu Recht beklagen viele, dass sie in die Entscheidungsprozesse, trotz blumiger Versprechungen, nicht einbezo-

gen werden. Ein aktuelles Beispiel ist die Diskussion und der Plan, die stundenweise Verhinderungspflege zum Vorteil der Kurzzeitpflege zu kürzen. Eine Katastrophe für pflegende Angehörige, die auf diese, oft auch nachbarschaftliche Unterstützung, angewiesen sind.

Die Care-Arbeit der Angehörigen wird auch nicht angemessen gewürdigt, weil in der häuslichen Pflege auch u.a. nicht gestreikt werden kann. Für Empörungen ist kaum Kraft. Das, sowie das moralische und liebende Pflichtgefühl wird – um es mal deutlich zu sagen – von den verantwortlichen Politikern schamlos ausgenutzt. Der Begriff „Pflegekraft“ wird nur denjenigen zuteil, die sogenannte professionelle Pflege innerhalb von Einrichtungen leisten. Die Entlohnung in der häuslichen Pflege dagegen erfolgt bei Berufsaufgabe – und das sagt alles – mit Hartz-IV!

Wie hat sich die Situation für pflegende Angehörige durch Corona verändert?

Im ersten Lockdown sind ALLE Unterstützungsangebote fortgefallen. Therapien fanden nicht mehr statt. In vielen Fällen wurden auch die zusätzlichen Pflegemaßnahmen der ambulanten Dienste eingestellt.

Aktuell dürfen zumindest außerhäusliche Therapieangebote genutzt werden, wie Physio- oder Logopädie.

Der Sorge, sich selber oder den zu Pflegenden mit dem Virus anzustecken, wird aber in keiner Weise Rechnung getragen. Die pflegenden Angehörigen lässt man einfach „im Regen stehen“. Sie „fühlen“ sich nicht einfach isoliert, sondern sie SIND isoliert. Sehr deutlich wird das auch in der Prioritätenreihenfolge beim Impfen. Aber sie sind nicht vergessen. Sie werden mit ihren Sorgen und Ängsten schlicht und einfach ignoriert!

Arnold Schnittger lebt mit seinem Sohn Nico in Hamburg, wenn die beiden nicht gerade eine Segelreise unternehmen. Keine Selbstverständlichkeit, denn Nico ist schwerbehindert. Damit noch mehr Menschen mit Pflegebedarf, mit Behinderungen und ihre pflegenden und sorgenden Angehörigen solche Erfahrungen auf dem Wasser machen können, arbeitet Arnold gemeinsam mit anderen pflegenden Angehörigen an einem Projekt eines barrierefreien Hausboots. Infos unter www.huckleberry-finn.de

Online-Podiumsdiskussion

Samstag
30. Januar 2021
11 bis 12.30 Uhr
Online

Pflege in der Familie:

Der größte Pflegedienst der Nation?
Der billigste Pflegedienst der Nation!

Anmeldung online unter
<https://bit.ly/3nSrck1>

Pflegende Angehörige kompensieren durch persönlichen Einsatz die politischen Fehlentscheidungen für die Pflege. Sie brauchen Entlastung – körperlich, psychisch, finanziell. Welche politische Hilfe wünschen sich pflegende Angehörige, um diese Unterstützung durchzusetzen?

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

www.linksfraktion.de

Impressum

Pia Zimmermann
Schillerstraße 18, 38440 Wolfsburg
www.pia-zimmermann.de